



Nummer 5 | April 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Donnerstag hatte ich die Gelegenheit, in kleiner Runde das erst im November 2015 neu bezogene Innenministerium zu besuchen. Die Führung und der Einblick in die alltägliche Arbeit waren interessant. Höhepunkt war für mich aber das persönliche Gespräch mit Thomas de Maiziere. Der Minister nahm sich viel Zeit, um mit uns über die innere



Sicherheit und das Thema Flüchtlinge und Asyl zu diskutieren.

Dabei ist mir wieder einmal klar geworden, wie wichtig es ist, ab und zu den Blickwinkel zu verändern und Informationen aus erster Hand zu bekommen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen der neuen Nachrichten AG

Thre

Astrid Grotelueschen

Integrationspflicht wird Gesetz

Am vergangenen Mittwoch wurde endlich eine Einigung erreicht: Auf Initiative der CDU haben sich die Parteivorsitzenden von Union und SPD auf Eckpunkte für ein Integrationsgesetz verständigt. Das Gesetz wird jetzt zügig — am 24. Mai in Meseberg, so der Plan — von der Bundesregierung beschlossen und im Anschluss ins Parlament eingebracht.

Wir unterstützen und fördern die zu uns kommenden Menschen auf vielfältige Weise. Da ist es nur richtig, dass wir wichtige „Eigeninitiativen“, sogenannte Integrationsleistungen, im Bereich Sprache, Ausbildung und Arbeit von Flüchtlingen verpflichtend einfordern. Nur konsequent ist es dann auch, das Nichteinhalten mit Kürzung von Sozialleistungen zu „bestrafen“. So wird bei Straffälligkeit zukünftig das Aufenthaltsrecht widerrufen.

Der Daueraufenthalt wird damit an

das Erbringen der Integrationsleistungen zwingend verknüpft. Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge, die zu einer gleichmäßigeren Verteilung und Vermeidung von sozialen Brennpunkten führen soll, ist ein weiterer wichtiger Punkt im Gesetz.

Hintergrundinfo

Bis 2021 werden, ausgehend von der höheren Zuwanderung der vergangenen Jahre, die folgenden Wanderungssalden angenommen: 2015 (wie 2014): jeweils 500.000 Personen; 2016: 400.000; 2017: 350.000; 2018: 300.000; 2019: 250.000; 2020: 200.000. Von 1,1 Mill. Personen die 2015 im EASY-System erfasst wurden, sind maximal 800.000 noch in Deutschland, davon sind rd. 600.000 im erwerbsfähigen Alter. Hinzu kommen 200.000 bis 300.000 Erwerbspersonen die 2016 zuwandern.

Quelle: BAMF

Am wichtigsten ist das Erlernen der deutschen Sprache. Bisher sind Integrationskurse nicht verpflichtend, wenn eine Verständigung bereits mit einfachen Deutschkenntnissen möglich ist. Das reicht aber für eine Arbeitsstelle, einen Praktikumsplatz und den möglichen dauerhaften Aufenthalt nicht aus.

Meiner Meinung nach muss die Sprachförderung so früh wie möglich beginnen. Deshalb wäre es wünschenswert, Kinder spätestens im Kindergartenalter zu erreichen. Bei meinem Besuch im Café Willkommen in Huntlosen habe ich nur noch gestaunt, wie ein vierjähriges, pakistanisches Mädchen sich mit mir nach nur drei Monaten Kindergartenbesuch unterhalten konnte.

Die Union hat weiter durchgesetzt, dass 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze aus Bundesmitteln für eine sinnvolle Betätigung während des Asylverfahrens geschaffen werden.

Es handelt sich um gemeinnützige Tätigkeiten, nicht um übliche Beschäftigungsverhältnisse, die aber den so wichtigen Einstieg in einen strukturierten Alltag und der Möglichkeit, sich in unsere Gesellschaft mit Arbeit einzubringen, ermöglichen sollen.

Entscheidend ist, dass wir nicht die Fehler aus den 60er-Jahren mit den sogenannten Gastarbeitern wiederholen. Unser Fokus muss darauf gerichtet sein, uns nur auf die wirklich Bleibeberechtigten zu konzentrieren. Deshalb bin ich froh, dass wir zudem in der vergangenen Sitzungswoche in erster Lesung ein

Gesetz beraten haben, mit dem Algerien, Marokko und Tunesien, wie bereits einige Balkanländer, als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Dadurch entlasten wir das BAMF und verkürzen die effektive Aufenthaltsdauer von Wirtschaftsflüchtlingen.

Erfreulicherweise wurden im März 2016 nur noch 20.000 Flüchtlinge registriert. Im Februar waren es noch 61.428, im Januar 91.671. Das liegt sicherlich auch an der Schließung der Westbalkanroute. Es beweist aber auch, dass die zuvor beschlossenen Maßnahmen Wirkung zeigen.

Fachkräfte fehlen — Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die gute Nachricht vorweg: Die Arbeitslosenquote befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Unserer Wirtschaft geht es gut, aber bei meinen Besuchen in den Unternehmen im Wahlkreis wird immer wieder ein Thema angesprochen: Es fehlen Auszubildende und Fachkräfte. Wir wissen, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren noch verschärfen wird: Viele Arbeitnehmer geburtenstarker Jahrgänge gehen in den Ruhestand. Damit wird ihr berufliches Fachwissen abgezogen. Prognosen zufolge sollen bis zum Jahr 2030 bis zu sechs Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung stehen. Hinzu kommen der Rückgang der Schülerzahlen, regionale Passungsprobleme und der Trend bei jungen Menschen zu Abitur und Studium anstelle von beruflicher Ausbildung.

Ein Engpass an Fachkräften ist dabei nicht nur in naturwissenschaftlich-technischen (MINT-) Berufen absehbar, sondern auch in den Bereichen Bau, verarbeitendes Gewerbe, Pflege, Gesundheit und frühkindlicher Erziehung (SAGE). Diese Lücke gilt es ausfüllen, wir müssen aktiv gegensteuern. Gleichzeitig werden Fachkräften neue Kompetenzen und mehr Flexibilität durch die zunehmende Digitalisierung der

Arbeitswelt abverlangt. Deshalb haben wir in dieser Woche einen Antrag im Wirtschaftsausschuss zur Sicherung des Fachkräftepotenzials eingebracht. Unter anderem wollen wir die enge Zusammenarbeit von Industrie, Handwerk und Mittelstand mit den Bundesministerien für Wirtschaft, Arbeit und Bildung sowie Gewerkschaften und Verbänden stärken. Bei Aus- und Weiterbildung setzen wir auf ein Berufsorientierungsprogramm, eine Imagekampagne zur Verbesserung des Rufs der Ausbildungsberufe, und den Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen (Assistierte Ausbildung). Weiter stehen die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland, die Erhöhung des Frauenanteils durch verbesserte Vereinbarkeit mit Familie und die frühzeitigere Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt auf unserem Programm. Und nicht zuletzt wollen wir, dass die Chancen digitaler Bildungsangebote von der Kita über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung konsequent genutzt werden.

Es wird für unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung und den Erhalt unseres Wohlstandes entscheidend sein, diese Themen umfas-

Daten und Fakten

Zahl der Baugenehmigungen steigt rapide. Im Januar 2016 wurden in Deutschland 26.300 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 34,5 Prozent oder 6700 Genehmigungen. Dabei entfielen 21.600 Genehmigungen (82,1 Prozent) auf Neubauwohnungen in Wohngebäuden, was einem Plus von 31,3 Prozent gegenüber dem Januar 2015 entspricht. Auch die Zahl der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, die durch Um- bzw. Ausbaumaßnahmen zu neuen Wohnungen geführt haben, erreichte im Januar 2016 mit knapp 4500 Wohnungen den höchsten Januarwert seit 1996. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Kreuzfahrtschiff-Werften im Aufwind. Laut einer Studie im Auftrag der IG Metall Küste sorgt der stark wachsende Markt für Kreuzfahrtschiffe für sichere Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Die Zahl der weltweiten Aufträge habe sich mit aktuell 55 Schiffen innerhalb weniger Jahre mehr als verdoppelt. Davon entfallen etwa 30 Prozent auf deutsche Werften. Nachdem asiatische Werften zwischenzeitlich einen Anteil von acht Prozent erreichen konnten, wird momentan nur noch ein einziges Schiff in Asien gebaut. Verantwortlich für die europäische Dominanz seien vor allem der hohe Spezialisierungsgrad und ein dichtes und wettbewerbsfähiges Zulieferernetz. In der deutschen Schiffbauindustrie arbeiten insgesamt etwa 90.000 Menschen, davon 15.600 Beschäftigte direkt auf den Werften.

(Quelle: Agentur für Struktur- und Personalentwicklung)

send und konsequent zu begleiten. Wichtig ist auch: Auf diesem Weg dürfen wir auch Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen nicht vergessen, wir müssen auch für sie eine Perspektive aufbauen.

Wertvolle Begegnungsorte — die Mehrgenerationenhäuser

Es sind Häuser, in denen Alter oder Herkunft keine Rolle spielen, die Fürsorge und das Miteinander umso mehr: Mehrgenerationenhäuser (kurz MGH). Davon habe ich mich bei Besuchen in den Mehrgenerationenhäusern in Wildeshausen (DRK) und in Nordenham (Caritasverband) überzeugt. Da ich selbst in einem Vier-Generationen-Haus groß geworden bin, weiß ich es zu schätzen, gemeinsam Lebenszeit zu verbringen — egal, welches Alter man hat.

Aktueller Anlass meiner Besuche war das neue Förderprogramm des Bundes, das sich direkt an das bisherige Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II des Bundesminis-



Ein buntes Programm gibt es in den Mehrgenerationenhäusern (Bild vom Besuch im MGH Nordenham). Bild: privat

teriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anschließt und die finanzielle Unterstützung vom Bund von jährlich 30.000 Euro für vier weitere Jahre beinhaltet. Dabei können die Fördermittel künftig flexibler hinsichtlich Personal- und Sachkosten eingesetzt werden. Das ist insbesondere für die Träger eine wichtige Erleichterung.

In den Mehrgenerationenhäusern Nordenham und Wildeshausen gibt es ein vielseitiges Angebot für Jung und Alt. Ich freue mich über so viel Engagement und danke auch allen Ehrenamtlichen für ihren Einsatz. Die Fördergelder sind aus meiner Sicht gut angelegt, denn die Mehrgenerationenhäuser sind wertvolle Begegnungsorte.

Leise durchstarten – Testfahrt im Elektromobil

Ausprobieren durfte ich in Berlin jüngst die Fahrt mit einem Elektromobil. Eigentlich überzeugen ja die technischen Daten — vor allem der nicht vorhandene Schadstoffausstoß. Auf meinen eigenen Praxistest war ich dann aber gespannt — und anschließend überrascht. Die Geräuscharmheit ist das eine, die rasche Beschleunigung die andere erstaunliche Erfahrung. Mit einem Elektromotor kann man schneller beschleunigen als mit dem Verbrennungsmotor.

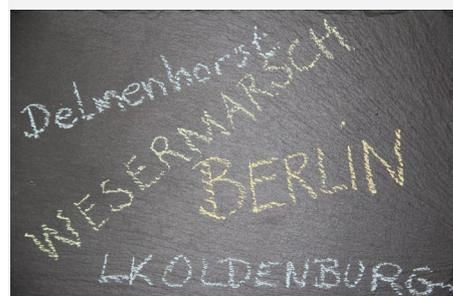
Elektroautos haben wegen des schlichteren Motors deutlich weniger Teile als herkömmliche Verbrennungsmotoren. Autos mit Verbrennungsmotoren sind im Vergleich zu ihnen hochkomplexe Fahrzeuge und damit wartungsintensiv.



Nach Umfragen sind besonders zwei Punkte entscheidend für die Anschaffung eines Elektroautos: Haltbarkeit/Reichweite der Batterien sowie ausreichend Ladestationen, die es vor allem im ländlichen Raum noch nicht gibt. Daher begrüße ich das Pilotprojekt im Landkreis Oldenburg, in jeder Gemeinde eine Station einzurichten. Die geforderte Kaufprämie macht aus meiner Sicht keinen Sinn, solange es nicht genügend Stationen gibt.

Unterwegs:

- 20.04.2016 Vorstandssitzung CDU Großenkneten, Haast
- 21.04.2016 - BBS Wesermarsch, Sprachkurse mit Betriebspraktika für Flüchtlinge, Brake
- 23.04.2016 - Jakkolo-Showabend in Hude-Wüsting zu Gunsten der Krebshilfe



Astrid Grotelüschen MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966